



Tankstellenverbände warnen vor Preisregulierung nach österreichischem Vorbild

Die Branchenverbände **Bundesverband Freier Tankstellen (bft)**, **en2x – Wirtschaftsverband Fuels und Energie** und der **Zentralverband des Tankstellengewerbes (ZTG)** warnen vor politischen Eingriffen in die Preisbildung an Tankstellen.

„Eine solche Maßnahme klingt verbraucherpolitisch sympathisch, ist aber ökonomisch kontraproduktiv und schadet am Ende allen Marktteilnehmern – auch den Autofahrerinnen und Autofahrern“, betonen die Vertreter der Branchenverbände. Aus Sicht der Verbände wird derzeit eine sehr emotionale Debatte über Kraftstoffpreise geführt, in der zentrale Funktionsweisen des Marktes häufig ausgeblendet werden.

Die Preisbildung an Tankstellen folgt marktwirtschaftlichen Mechanismen. Preise reagieren auf Einkaufskosten, Wettbewerb und Nachfrage. Wenn sich Einkaufspreise ändern, werden diese Entwicklungen auch an der Zapfsäule weitergegeben – nach oben wie nach unten. Gerade diese Dynamik sorgt dafür, dass Verbraucher und Verbraucherinnen im Tagesverlauf häufig günstigere Preise finden können, so die Verbände.

Darüber hinaus gehört der deutsche Kraftstoffmarkt bereits zu den transparentesten Märkten Europas. Jede Preisänderung an Tankstellen ist aufgrund einer verpflichtenden Meldung an die Markttransparenzstelle für Kraftstoffe innerhalb von wenigen Minuten für Verbraucherinnen und Verbraucher über zahlreiche Apps sichtbar.

Erfahrungen zeigen, dass nach Eingriffen in den freien Markt die Preise dann nicht unbedingt niedriger sind als vorher: Sie schwanken nur weniger. Zugleich warnen die Verbände davor, dass starre Preisregeln insbesondere mittelständische Tankstellenbetriebe treffen würden. Gerade sie reagieren häufig flexibel auf den lokalen Wettbewerb und tragen dazu bei, dass Preise vielerorts unter Druck bleiben.

Einschränkungen bei der Preisgestaltung würden den Wettbewerb schwächen statt stärken. Die aktuelle Debatte ist stark emotional geprägt und ignoriert zentrale Zusammenhänge der Preisbildung im Kraftstoffmarkt. Statt funktionierende Marktmechanismen zu regulieren und zusätzliche Bürokratie zu schaffen, sehen die Verbände den größten Hebel für niedrigere Kraftstoffpreise weiterhin bei der Politik selbst. Mehr als die Hälfte des Kraftstoffpreises entfällt auf Steuern und Abgaben. Wer Kraftstoffpreise dauerhaft senken will, muss über staatliche Preisbestandteile sprechen – nicht über Eingriffe in den Wettbewerb.